

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3278) ohne Fracht und Porto 3,00; durch die Postbezugsstelle wöchentlich 30 Pf. frei in's Haus.
Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustr. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Waberer in Hamburg.

Freitag, den 26. September 1902.

Anzeigen werden die sechspaltige Zeile oder deren Raum mit 40 Pf. für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 Pf. berechnet.
Anzeigenannahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus.
Redaktion und Expedition: Fehldorferstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd St. Pauli bei Carl Lemkenow, Wilhelmstr. 11, pl. Nord St. Pauli, Eimsbüttel, Langensfelde, bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 48, Eimsbüttel, Hoheluth, Eppendorf, Groß-Vorfeld und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Darmbei, Uhlenhorst bei Theodor Peterreit, Heltmannstr. 12, Darmbei. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamn, Horn und Schiffel bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rothenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Silbert, Wandsbek und Finkenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbek. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottenfen, Wahrenfeld bei Johannes Heine, Erdmannstr. 14, Ottenfen. Klostorf, Ohmharfen-Blankensee bei H. Braunfchweig, Kienflethen.

Hierzu eine Beilage.

Die Volksschule.

I.

Die Sozialdemokratie ist stets mit Entschiedenheit für die Errichtung der allgemeinen öffentlichen Volksschule eingetreten; durch Aufnahme dieser Forderung in ihr Programm hat sie sich ausdrücklich auf dieselbe verpflichtet. Eine gewisse Sorte reaktionärer Politiker hat daraus Anlaß genommen, glauben machen zu wollen, es handle sich um eine spezifisch sozialdemokratische, „auf den Umkreis jeglicher Autorität und Ordnung“ berechnete Forderung. Der Zweck dieser aburteilen Unwissenheit ist, ein großes, erhabenes Ideal zu diskreditieren, das sehr viel älter ist, als die Sozialdemokratie. Schon Jahrhunderte hindurch haben die hervorragenden Pädagogen und alle im Geiste der Humanität strebenden Politiker diesem Ideal gehuldigt. Seit Jahrzehnten befindet sich zu ihm der weitaus größte Teil der deutschen Lehrerenschaft und außer der Sozialdemokratie stehen die bürgerlich-demokratischen Partei-Richtungen für seine Verwirklichung ein.

Die Frage der allgemeinen Volksschule war niemals eine Parteifrage; sie ist es auch jetzt nicht. Sie ist in ihrer Forderung mangelhaft und unzureichend. Ausgestaltung eine Schöpfung des Kulturbedürfnisses, beruhend auf der in den letzten Jahrhunderten emporgewachsenen Aufklärung und der aus dieser entspringenden bürgerlichen Freiheit. Die Aufklärung lieferte einerseits für die allgemeine Volksschule und zeigte andererseits die Notwendigkeit und den Nutzen der allgemeinen Volksschule. Die bürgerliche Freiheit entfesselte die Menschenkräfte, durchbrach mehr und mehr die beengenden Standesunterschiede, machte einen allseitigen Wettkampf der Geister und mit ihm eine öffentliche Volksschule möglich.

Aber die Schule für das Volk, wie wir sie jetzt in Deutschland, theils mehr oder weniger entwickelt, theils mehr oder weniger rückständig, haben, ist noch nicht entfernt davon, eine wahre Volksschule zu sein. Der geistliche Schulzwang läßt die Wahl zwischen dieser Schule und einer anderen, die man „höhere“ nennt und die für die Kinder der sogenannten „besseren und besseren“ Gesellschaft bestimmt ist. So macht der Furch der Klassen- und Standesherrschaft auch in Schulwesen sich geltend — eine dem Begriff „Volksschule“ schon sprechende Scheidung der Kinder der verschiedenen Klassen wird vorgenommen; man rechnet mit einem verschiedenen Maß von Schulbildung und hat der Volksschule, den Kindern der arbeitenden Klassen, das geringste Maß zugewiesen. Die „höhere Bildung“ — die leider oft nur eine Drohschrift ist — soll das Privilegium der Besitzenden sein.

Die Grundzüge und Ideen, betreffend die wahre Volksschule, und damit die wahre Volksschule, brauchen nicht erst noch gefunden und konstruiert zu werden; sie sind längst vorhanden, stehen längst unerschütterlich fest, distilliert von der gesunden Vernunft.

Bereits zu Anfang des 17. Jahrhunderts, also vor nahezu dreihundert Jahren, trat Comenius in einer außerordentlich frühen Zeit mit gewaltiger Kraft und Begeisterung für allgemeine Schulbildung ein. Sein Schulprogramm, das bahnbrechend und unübertrefflich gewesen ist bis zu diesem Tage und das in allen wesentlichen Punkten noch nicht erfüllt ist, läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen:

Nur die Schule ist eine vollkommene, ihrem Zweck entsprechende, welche eine „wahre Menschenbildung“ ist. Sie soll sein eine „Weltstätte der Humanität“, die den Menschen zum rechten Gebrauche seiner Vernunft und aller seiner Talente und Fähigkeiten ausbildet. „Der Mensch soll durch die Schule gewöhnt werden, sich nicht durch eine fremde, sondern durch die eigene Vernunft leiten zu lassen.“ Die gesamte Jugend beiderlei Geschlechts soll ohne Unterschied von Konfession und Stand die konfessionslose Volksschule, deren Aufgabe allgemeine Menschenbildung ist, besuchen. Nur durch die Volksschule geht nach Fähigkeit und Würdigkeit der Weg zu den höheren Lehranstalten. Die Kinder der Armen haben nicht minder Anspruch auf ein möglichst hohes Maß von Bildung, wie die der Reichen. Kein Bildungs-Privilegium! Denn: „Wilt bei Gott kein Ansehen der Person, weshalb bei den Menschen? Alle Menschen sind berufen, denselben Zielen der Weisheit und der Glückseligkeit entgegengeführt zu werden.“

Selbst wahre und echte Volksschule, das tragende Fundament der Humanität bilden, das Nationalbündel und Nationalgefühl ausbildet, kann keine sichere Basis nur in der allgemeinen, den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit Rechnung tragenden Volksschule haben. Ahren Endziele nach ist jede wahre Pädagogik kosmopolitisch, sie trägt die Fahne der Humanität. Es gibt keine andere wahre nationale Erziehung, als die nach den ewigen, allgemeinen Gesetzen der Menschenbildung.

Diese großen Wahrheiten fanden am Ende des achtzehnten Jahrhunderts auch in dem Philosophen Immanuel Kant einen energischen Verfechter. Der Kaiser von Königsberg erklärte: Die Kinder sollen nicht nach bloßen Verkommen für den gegenwärtigen, sondern der Idee der Menschheit wegen für einen künftigen besseren Zustand der Gesellschaft erzogen werden. Der Erziehungsplan soll nicht beschränkt und engstirnig, sondern kosmopolitisch sein und alle Glieder des Volkes gleicher-

maßen umfassen; er soll darauf gerichtet sein, den Menschen zur Erfüllung der mannigfachen Zwecke seines Daseins auszubilden.

Von denselben Ideen war auch Johann Gottlieb Fichte geleitet, als er vor nahezu einem Jahrhundert, in einer Zeit tiefsten nationalen Elends, mit seinen gewaltigen „Reden an die deutsche Nation“ hervortrat. Er brachte darin „eine gänzliche Umänderung des bisherigen Erziehungswesens“ in Vorschlag, als „das einzige Mittel, die deutsche Nation im Dasein zu erhalten“. Jedes Erziehungswesen, das sich nur auf „die geringe Minderzahl der eben daher gebildeten genannten Stände“ erstreckt, bezeichnet er als unvereinbar mit der Aufgabe, eine Nation zu bilden. In der Erziehung des aufwachsenden Geschlechts müsse „aller Unterschied der Stände völlig aufgehoben sein und verschwinden“. Keine Trennung in der Jugendbildung; in der Volksschule solle es mehr Varias noch Vornehme geben. Es solle nicht mehr die Rede sein von „gebildeten“ und „ungebildeten“ Ständen. Denn nichts widersteht mehr dem wahren Nationalitätsbegriff als eine der Humanität und Gerechtigkeit Hohn sprechende Unterscheidung. Wahre Nationalerziehung sei „eine Erziehung der Deutschen zu einer Gesamtheit, die in all ihren Gliedern getrieben wird durch dieselbe eine Angelegenheit“. Solche Nationalerziehung werde nicht nur dem deutschen Volke frommen, sondern auch der „Verbesserung und Umgestaltung des ganzen Menschengeschlechts“ dienen. Selbstverständlich wolle Fichte den Konfessionalismus, die Theologie, von der Volksschule völlig ausgeschlossen wissen. Er bezeichnet es als den Grundbegriff vom Zwecke der Erziehung widersprechend, die Erziehungsanstalten zu „Pfanzschulen für den Himmel“ zu machen. „Denn,“ so sagt er, „die Religion der alten Zeit, die offenbar eine Dienerin der Selbstsucht war, allerdings mit der alten Zeit zugleich zu Grabe getragen werden; denn in der neuen Zeit bricht die Einheit nicht erst jenseits des Grabes an, sondern sie kommt hier mitten in ihre Gegenwart hinein.“

So fichte in Uebereinstimmung mit dem ehrwürdigen Pestalozzi, den seine Gedächtnisfeier als einen „Erzieher der Menschheit“ der Freund und Meister der Armen. Durch allgemeine gleiche Erziehung wollte er die unterdrückten und vernachlässigten Volksmassen emporgelassen wissen. Bildung aller zu reiner Menschlichkeit! Das entspricht der Ordnung der Natur; „wer von dieser Ordnung abgeht und Staats-, Berufs-, Vermögens- und Dienstverhältnisse unnatürlich hervorbringt, der leidet die Menschheit aus dem Gemüthe der natürlichen Segnungen auf klippvolle Meere.“

Nach Pestalozzi erkennt die „Religion“ im Sinne der Theologie und reaktionärer Gewalten als Volkserziehungsfaktor nicht an. Zu seiner Zeit bereits betrieben die „Autoritäten“ den Glauben, zu erklären, daß „dem Volke die Religion erhalten werden müsse“. Pestalozzi sagte ihnen: „Das Geheiß der durch ihre philosophischen Irrthümer und durch ihre politischen Gewaltthaten banterot gewordenen Staatskünstler, daß wir wieder zur Religiosität zurückgeführt werden müssen — dieses Geheiß wird uns weder zur Religion, noch zur Gerechtigkeit, noch irgend wozu bringen. Als Dienerin der Staatsmacht ist die Religion Mutter künftiger Königsnummern und mündlicher Königsnummern, nicht Dienerin des gesellschaftlichen Rechts, allgemeine Bekanntheit des Unrechts und der Macht, als Werk des Staates ist sie Betrug!“

Der philosophisch gebildete Theologe Friedrich Schleiermacher fordert in seiner erst anderthalb Jahrzehnte nach seinem Tode veröffentlichten „Erziehungslehre“ die religionslose Volksschule als gemeinsame Bildungsanstalt.

Allen diesen schlechten Dilemmen widersetzt sich, dessen pädagogisches und schriftstellerisches Wirken von unermesslichem Einfluß auf die innere Entwicklung der Volksschule gewesen ist. Im Verlaufe des vorigen Jahrhunderts hat sich die Zahl derjenigen Pädagogen, die für eine Ausgestaltung der Volksschule, für gründliche Reform des Volkserziehungswesens in dem hier entwickelten Sinne eifrig eingetreten sind, stetig vermehrt. Pädagogen, die sich zu diesem Ideal nicht bekennen, bilden die Ausnahme von der Regel.

Von der Weltbühne.

„Was wird geschehen?“ So fragt das Berliner Wälder-Organ, am Folgenden auszuführen: „Die Frage, was die verbündeten Regierungen thun werden, wenn der Zolltariffvertrag, wie sich voraussichtlich, nicht rechtzeitig unter das Reichsgesetz gebracht wird, beschäftigt heute die Presse der verschiedensten Parteirichtungen. Unlängst ergründete die verschiedenen Parteirichtungen, was die Regierungen thun werden, wenn der Zolltariffvertrag, wie sich voraussichtlich, nicht rechtzeitig unter das Reichsgesetz gebracht wird, beschäftigt heute die Presse der verschiedensten Parteirichtungen. Unlängst ergründete die verschiedenen Parteirichtungen, was die Regierungen thun werden, wenn der Zolltariffvertrag, wie sich voraussichtlich, nicht rechtzeitig unter das Reichsgesetz gebracht wird, beschäftigt heute die Presse der verschiedensten Parteirichtungen.“

Die Regierungen thun werden, wenn der Zolltariffvertrag, wie sich voraussichtlich, nicht rechtzeitig unter das Reichsgesetz gebracht wird, beschäftigt heute die Presse der verschiedensten Parteirichtungen. Unlängst ergründete die verschiedenen Parteirichtungen, was die Regierungen thun werden, wenn der Zolltariffvertrag, wie sich voraussichtlich, nicht rechtzeitig unter das Reichsgesetz gebracht wird, beschäftigt heute die Presse der verschiedensten Parteirichtungen. Unlängst ergründete die verschiedenen Parteirichtungen, was die Regierungen thun werden, wenn der Zolltariffvertrag, wie sich voraussichtlich, nicht rechtzeitig unter das Reichsgesetz gebracht wird, beschäftigt heute die Presse der verschiedensten Parteirichtungen.

derartige Verfahren, wenn man es auch formell verteidigen könnte, doch dem Geiste der Verfassung widersprechen. Wenn wir noch die Möglichkeit abweisen, so zweifeln wir andererseits nicht daran, daß die verbündeten Regierungen, falls der Zolltariffvertrag nicht rechtzeitig wird, die bestehenden Handelsverträge von Jahr zu Jahr weiter laufen lassen werden. Damit verstoßen sie allerdings gegen den Geist und den Sinn des wiederholten Versprechens, bei Ablauf der Handelsverträge für die Landwirtschaft besser sorgen zu wollen. Ein solches Versprechen ist vorwärts, daß die erste Geltendmachung unüberwindlich, dann aber ein Anlaß, an dem Grunde des Versprechens zu zweifeln. Das scheint aber den verbündeten Regierungen nicht besonders nahe zu gehen.

Wir haben längst die Hoffnung aufgegeben, daß man diesen vernünftigen Erwägungen folgen werde; als praktische Politiker rechnen wir schon längst damit, daß die Handelsverträge nicht gekündigt werden. Für die Landwirtschaft ist dieser Zustand gewiß nicht erfreulich; aber darin stimmen alle Kenner der Verhältnisse überein, daß er für die Industrie und auch für den Handel, dem es besonders auf die Langfristigkeit der Verträge ankomme, noch weniger erfreulich ist. Die deutschen Landwirthe haben sich schon längst zu der Ueberzeugung durchgedrungen, daß die Fortdauer des jetzigen Zustandes, dessen Milderung und Besserung jeder Zeit erfolgen kann, ein kleineres Uebel ist, als neue langfristige Handelsverträge, die ihre berechtigten Forderungen ungenügend berücksichtigen.

Das Wälder-Organ geht also seinen alten Fühnweg fort, glauben machen zu wollen, daß der Zolltariffvertrag den Agrariern „nichts von Belang“ biete.

Den rechten Schlüssel brennt die „Frei. Ztg.“ in dem Bericht der Regierung in der Zolltariffkommission. Sie bemerkt dazu:

„In parlamentarischen Kreisen hört man die Ansicht äußern, daß Graf Witte persönlich den Agrariern die Erhöhung der Getreidezölle um 50 Pf. über die Regierungsvorlage hinaus zugelegt habe, hierfür aber ebenso wie bei seiner Verhinderung der Gewährung von Dächern die Zustimmung des Reichstages nicht erlangt habe und sich auch nicht getraue, eine solche formell nachzugeben.“

Es ist wahr, wir wissen nicht; aber möglich wäre es schon. Solche Simulation würde ganz dem Charakter des Witte-Kurses entsprechen.

Über 100 000 Petitionen gegen den Zolltariff! Ein 14. Bericht der Petitionen zum Zolltariff, die seit dem 1. Juli beim Reichstage eingegangen sind, enthält die Gesamtzahl auf 116 797. Es befinden sich darunter Petitionen von zehn Bundesländern (Wesfalen, Schwaben, Rheingau, Köln, Leipzig, Pommern, Halle a. S., Württemberg, Mecklenburg und Vorpommern), 5 bann 20 kaiserliche Reichsregierungen (Dresden, Göttingen, Kassel, Heilbrunn, Wiesbaden, Bonn, Koblenz, Regensburg, Berlin, Potsdam, Magdeburg, Chemnitz, Leipzig, Halle a. S., Württemberg, Mecklenburg und Vorpommern), 5 bann 20 kaiserliche Reichsregierungen (Dresden, Göttingen, Kassel, Heilbrunn, Wiesbaden, Bonn, Koblenz, Regensburg, Berlin, Potsdam, Magdeburg, Chemnitz, Leipzig, Halle a. S., Württemberg, Mecklenburg und Vorpommern).

Im fünf Großen. Mit Bezug auf die Erörterungen über die Zolltariff-Verhandlungen wird der offiziell „Deutsches Reichs-Korrespondenz“ aus Berlin geschrieben:

„Der Grund, daß die Regierungen an der Annahme des neuen Zollsatzes gar nicht mehr allzu viel liegt, ist durch nichts zu begründen. Der Reichstagler und der Bundesrat müssen auf darauf dringen, daß der Zolltariff in einer mit ihren Pflichten gegen die wirtschaftlichen Interessen der Nation vereinbaren Gestalt angenommen werde. Eine Kommissionserörterung dieser Artung mag sich solchen Willen gegenüber noch etwas größeren Spielraum erlauben; im Plenum aber fällt schließlich die Verantwortung der Mehrheitspartei zu, sofern sie nicht bereit sein wollen, an einer vernünftigen und maßvollen Kompromiß für das Ganze mitzuwirken, und wie ein schuldloses Gewissen selbst erfüllt hat, daß der Reichstagler und der Bundesrat, wenn sie in der Hand ist besser, als eine Laube auf dem Dache“. Grade bei der Agrarfrage erfordert es der Geist der Sache, wie die volle Gerechtigkeit in der Würdigung der landwirtschaftlichen Noth, daß die verbündeten Regierungen von vornherein in ihre Vorlage die äußersten Zugeständnisse einlegen und nicht für taktische Manöver, die bei einem solchen Gegenstande über angebracht wären, ein Spielzeug für den Druck der Seite werden. Den Verfechtern der Kommissionserörterung scheint dieses bedauerliche Gewissen nachzugeben zu einem Zerknirschung in der Hand zu werden. Aber wie wird man im Falle eines durch langwierige Verhandlungen veranlaßten Scheiterns der Vorlage die landwirtschaftlichen Interessen, die unter den landwirtschaftlichen, überlegen, daß der mit 50 Pf. mehr zum Zollsatze der Agrarischen Majorität gemordene Tarif wenig 50 Pf. weniger zum Dache habe beider werden müssen? Wo läge denn bei einem negativen Ergebnis der ganzen Zollpolitischen Arbeit der „Starrsinn“? Dort, wo die Erhöhung der Agrarische Zolltariff macht an der durch die Minderheit auf das Gemeinwohl gegengenen Grenze, oder dort, wo man das Gute schroff zurückweist, um einem vermeintlichen Besseren nachzugeben? Das die Aussehen eines Wahlkampfes im Zeichen des „Brotmades“ recht zweifelhaft sind, hat kürzlich kein Weniger als der Abg. Dr. Dörfler erklärt — ein Zugeständnis, das Agrarier und Freihändler ebenso wenig verzeihen sollten, wie den Aufsteig des „Schiffes der Vaterland“ über der „Freigenossen“ Thron“, den der Leiter der „Deutschen Tageszeitung“ weder verneint, noch bekräftigt, aber mit pathetischer Färbung erst in die breitere Öffentlichkeit eingeführt hat.“

Diese erneuten öffentlichen Verheerungen und Ermahnungen werden ebenso wenig nützen als die früheren. Die Agrarier bestehen auf ihrem Scheitern, weil sie wissen, wie notwendig die Regierung neue Einkünfte braucht, um dem Reichsbudget zu helfen. Woher sollen sie kommen, wenn der Zolltariff scheitert? Die Regierung weiß aber auch, daß das „Alles oder nichts“ bei den Agrariern nur Spitzfindigkeit ist, und sie rechnet noch immer darauf, daß sie „Brennstoff“ annehmen“. Aber wird sich nun berechnen?

Großhändler und Zolltariff. Die auf dem Wälder-Organ gelegentlich bedauerliche Erwähnung der Wälder-Organ der Reichstags-Zolltariffkommission erster Lesung hat jetzt der Zentralverband deutscher Industrieller an den Reichstagskanzler gerichtet. Im Beginn der Eingabe heißt es:

„Der Zentralverband hat gegen die in § 1 Absatz 2 des Zolltariffgesetzes enthaltenen Mindestzölle für die Haupterzeugnisse des Handelsverkehrs, weil er in der vorliegenden Fassung von Seiten eines künftigen Reichstages eine Schwächung bezw. Verringerung des Schutzschutzes neuer Handelsverträge erkannt. Strenge mußte uns der Wunsch der Kommission mit einer Verlangung des Wälder-Organ nicht nur die Mindestzölle der Vorlage beibehalten und

die Zollsätze für Meizen, Weizen und Spels und für Hafer um M. 0,50, für Gerste um M. 2,50 erhöht wurden, sondern der diesen vier Mindestzölle in den Positionen 99, 102, 103, 105 und 107, betreffend Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine und Fleisch, nebst Zubereitungen von Fleisch, noch fünf weitere Mindestzölle hinzugefügt hat. Der Zentralverband ist stets für einen ausreichenden Schutz der Landwirtschaft eingetreten, soweit er mit den Interessen des Gemeinwohls vereinbar ist und den Abbruch langfristiger Handelsverträge nicht gefährdet. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, glaubte der Zentralverband sich damit einverstanden erklären zu können, daß der Zolltariff ein Schutz in Höhe der Mindestzölle der Regierungsvorlage genügt werde. Eine dahingehende Erklärung hat der Zentralverband i. Z. öffentlich abgegeben. Wiederspruch aber muß der Zentralverband aus dem angeführten Grunde, wie gegen die Festlegung von Mindestzölle überhaupt, so ganz besonders auch gegen die von der Kommission beschlossene Vermehrung der Mindestzölle erheben. Ferner darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß die von der Kommission vorgenommene wesentliche Erhöhung der von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Zollsätze für nothwendige Lebensmittel von vielen Mitgliedern des Zentralverbandes als unvereinbar mit den Interessen des Gemeinwohls erachtet wird. Der Zentralverband erklärt sich ferner gegen den Wunsch der Zolltariffkommission, nach dem der neue Tarif spätestens am 1. Januar 1906 in Kraft treten soll. Dieser Wunsch trägt die Gefahr in sich, daß wenn bis zu dem bezeichneten Tage der Abbruch neuer Handelsverträge nicht vollzogen sein sollte, schwere politische Verwicklungen zwischen dem Deutschen Reich und anderen Staaten herbeigeführt werden könnten. Daher bitten wir Ew. Excellenz ganz gehorcht, geneigtst dahin wirken zu wollen, daß die Fassung des § 1 Absatz 1 der Vorlage des Bundesrats wieder hergestellt werde.“

Hierauf wird eine große Zahl von Einzelbeschwerden der Zolltariffkommission zu den Tarifpositionen und namentlich den industriellen einer eingehenden Kritik unterzogen, wobei namentlich die verschiedenen Industriezweige (Bergbauindustrie, Papierindustrie u. f. w.) in Betracht kommenden Abfälle, die Positionen für Textilindustrie, Metallindustrie, Glasindustrie, Keramik, Eisenindustrie u. f. w. behandelt werden. Zum Schluß wird der Reichstagskanzler ersucht, auf die Berücksichtigung der in den Eingaben des Zentralverbandes vom 1. Mai angeführten Wünsche hinzuwirken. Soweit dies nicht thut, so soll, möge er an den wohlmeinenden Verfechtern der verbündeten Regierungen festhalten und dafür eintreten, daß die abweichenden Wünsche der Zolltariffkommission bei den weiteren parlamentarischen Verhandlungen nicht zur Geltung gelangen.

Eine zollpolitische Stunde hat Herr Eugen Richter wieder bei den Sozialdemokraten eingebracht. Seine „Frei. Ztg.“ schreibt:

„Die Sozialdemokratische Taktik in der Zolltariffkommission den Agrariern in die Hände zu arbeiten, dafür bietet die Abstimmung über den Dachezoll ein Beispiel, das wir für unglücklich erachten würden, wenn es nicht im „Vor-Cour.“ angedeutet von einem Mitgliede der Kommission berichtet würde. Die Regierungsvorlage will bekanntlich einen Dachezoll von M. 1 einführen. Die Kommission hat in der ersten Lesung einen Zolltariff von M. 7 beschlossen. Dagegen trat entschieden die Regierung auf und führte insbesondere aus, daß ein solcher Zolltariff auch durch Vertragsverhandlungen nicht zu erlangen sei, weil im Verhältnis zu Argentinien, dem Urprüpulationsland für Dachezoll, kein Tarifvertrag sondern nur ein Wechselverkehrsabkommen in Frage kommen könne. Bei der Abstimmung aber verlor es gleichwohl bei dem Zoll von M. 7, und zwar nur deshalb, weil die vier Sozialdemokratischen Stimmen gegen die Regierungsvorlage von einer Mark abgelehnt wurden. Danach haben die Sozialdemokraten offenbar, nachdem ihr Antrag auf Zollfreiheit abgelehnt war, gegen den Zolltariff von M. 1 gestimmt und dadurch herbeigeführt, daß es bei dem Beschluß der ersten Lesung von M. 7 verblieb. Diese Taktik befördert geradezu hohe Zollsätze bei dem eigenartigen Abstimmungsmodus, den die Kommission eingeführt hat. Anstatt, wie in allen Zifferfragen es parlamentarisch üblich ist, mit der höchsten Ziffer zu beginnen, also zunächst den Zolltariff von M. 7 zur Abstimmung zu bringen und erst nach dessen Ablehnung den Zoll von M. 1, beginnt man umgekehrt mit der Abstimmung über Zollfreiheit.“

Da die Freistimmung wachsende mit dieser Entscheidung im Lande freudig aufgenommen, müssen wir ihr einige Worte widmen. Angegeben, daß der Abstimmungsmodus in der Kommission infach infach ist, kann doch nicht der Mangel gegeben sein, wenn man einen Zoll für eine bestimmte Waare überhaupt für unangebracht hält, um für den niedrigeren Satz zu stimmen, um die höheren zu verhindern. Nach der Theorie müßten die Freistimmigen bei den Getreidezölle für den Kompromiß von M. 5,50 stimmen, um zu verhindern, daß die Minderheit von M. 7,50 angenommen wird. Wird Herr Eugen Richter das wollen? Wenn nicht, dann hat er kein Recht, den Sozialdemokraten Vorwürfe zu machen. Wichtiger ist die Taktik unserer Genossen in der Kommission auch deshalb richtig, weil der Zolltariff von M. 1 die Zustimmung der Regierung hat, während die M. 7 niemals zugehen kann. Der Zolltariff ist also thatsächlich der gefährlichere. Grade die gegenwärtige Taktik muß dazu führen, daß alle die erhöhten Regierungssätze angenommen werden.

Ereignisse hat die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“. Sie schreibt: „Bedenkt man, daß die beiden die Mehrheit bildenden Parteien, welche auf wirtschaftlichem Gebiete die Regierung immer wieder unter ihren Einfluß zu bringen wissen, dieselben sind, welche auch auf geistlichem Gebiete mit immer reaktionärer Ansicht hervortreten und auch hier die Staatsregierung über deren eigentliche Absichten hinaus mit sich fortzuziehen suchen, so muß es für jeden freisinnigen gesunden Politiker auf der Hand liegen, daß es nicht bloß im Interesse der liberalen Partei, sondern auch im Interesse der Gesundheit und Klärung unserer gesamten politischen Zustände und deshalb auch im Interesse des Vaterlandes seine dringende Aufgabe liegt, als eine Sperrung der gegenwärtig konservativen Ultramonarchen zu bestehen, um Wege zu schaffen für eine zugleich nationale und freisinnige Entwicklung unseres staatlichen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens. Zum Mittelpunkt und Grundstock der auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen zu werden, das ist die große Aufgabe, die zu lösen keine andere Partei geeigneter ist als die nationalliberale, sofern sie sich neben ihrer nationalen Wirksamkeit der liberalen Wurzeln ihrer Kraft bewusst bleibt.“

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ nimmt diese Gedanken nicht ernst; sie schreibt:

„Mit dieser Sperrung tritt ein einziger Ding. Es geht über die Dynamik dazu; und es geht über die Linie, die der unfeindlichen Partei verleiht, es fehlt der nationalliberalen Partei beides vollkommen. Außerdem

muss sich jeder, der Sperrversuche machen zu sollen glaubt, vorzüglich hüten, daß der Sperrversuch nicht ihn selbst schädigt. Bei ihrer bekannten „Gutmüthigkeit und Wohlgesinntheit“, besonders in wirtschaftlichen Fragen, ist gerade die nationalliberale Partei einer solchen Gefahr sehr ausgesetzt.“

Das stimmt allerdings.

Die Viehmacht. Der Bund der Landwirthe hat in einem kürzlich über ganz Deutschland verbreiteten Flugblatt behauptet, daß eine Fleischnoth eintrete. Darauf ist schon unter dem Titel „Die Viehmacht“ eine ebenfalls in Flugblattform gebaltene Erwiderung des Reichsverbandes der Fleischereiverbände erschienen. Die 35 000 Fleischereierzeuger haben sich durch die Verneinung des Viehmacht, daß sie die Klagen über den Viehmangel kennen, um die Fleischpreise zu senken, tief gekränkt. Sie bemerken, daß zur Vertheilung des gegenwärtigen Viehmangels besonders die beiden letzten Jahre in Betracht kommen. Innerhalb dieser zwei Jahre sind die Schlachtfleischmengen in den Schlachthöfen um 20 v. H. zurückgegangen und trotzdem ist der Auftrieb an Schweinen auf den Viehmärkten fortgesetzt so schnell gewesen, daß er der verminderten Nachfrage nicht genügen konnte. Die Folge dieser Umstände war, daß die Preise um 30 v. H. in die Höhe gingen und viele Thiere abgeschlachtet wurden, die nicht ausgenutzt waren und deswegen nur Fleisch geringer Art lieferten. Rindvieh ist nicht so knapp gewesen, allein an fetteren Waare hat es auch hieran und namentlich in letzter Zeit gefehlt. Schafe werden allerdings, wie Herr v. Bodensee auf der Wälder-Organ berichtet, auch nach Frankreich ausgeführt, das Flugblatt der Fleischereierzeuger meint jedoch dazu: „Fehlende Schweine und Rinder treten ein, verdrängen die Rindvieh.“

Weiter wird ausgeführt: „Wenn ungedacht der Viehmacht bisweilen die Viehmacht fälschlich verstanden werden und hieraus der Schluss gezogen wird, daß Angebot sei härter als Nachfrage, so ist das ein Trugschluss. Die angeführten Schlachtfleischmengen sind geringfügiger Art, und doch werden Preise dafür gefordert, welche der Fleischereierzeuger nicht bewilligen darf, wenn er nicht mit Verlust arbeiten will. Unrichtig ist auch die Annahme, es gebe einen Viehmangel, der die Preise künstlich in die Höhe treibt. Ein solcher Mangel ist unbekannt und Rindvieh hat im Jahr auch jemals gefehlt. Die Händler sind konstant und über das ganze Reich verbreitet, und deswegen sind die Preise so niedrig. Händler bestimmen den Werth des Schlachtfleisches nicht, wohl aber wird er von der Landwirtschaft infolge beeinflusst, als von dem Umfang ihrer Produktion das Angebot abhängt. Die Einfuhr aus fremdem Fleisch ist nur gering, denn sie hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres noch nicht 300 000 D-M. betragen. Sie ist zwar nicht verboten, aber da das Fleisch leicht verderbt, hat sie sich nicht nur in engen Grenzen bewegt und nach dem 1. April 1903 wird sie noch weiter sinken, weil alsdann die letzten Einfuhren des Schlachtfleisches in Kraft treten. Die Einfuhr lebenden Viehs ist jedoch ebenfalls sehr gering, daß man sagen kann, sie sei unbedeutend. An Schweinen wurden nur 70 000 Stück in den obersteichlichen Industriebezirk eingeführt; die Einfuhr von Rindvieh aus Oesterreich ist durch die großen Kosten wegen der Zölle des Viehs für viele Gemeinden so gut wie unmöglich, und dem dänischen Rindvieh hat man so viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt, daß es nur in geringen Mengen nach einigen holländisch-belgischen Hafenorten gelangt. Im Ganzen haben denn auch nur in der ersten Hälfte dieses Jahres 150 000 Stück Rindvieh — Wälder- und Magdeburger eingeführt — die Grenzen des Reichs überschritten.“

Nach diesen Darlegungen fragt das Flugblatt, was die Fleischereierzeuger und die Fleischhändler verlangen, und es antwortet:

Die Agrarier stellen es so dar, als werde ohne Weiteres die Deckung der Grenzen für die Schlachtfleischindustrie gefordert. Das soll ja keinem Menschen ein. Im Gegentheil, auf das Alternativedrucke fordern wir den strengsten und wirksamsten Schutz gegen jede Zerknirschung. Das wollen wir sowohl im Interesse der Landwirtschaft wie der Fleischverarbeiter. Wir fordern ausdrücklich, daß nur abseits geübtes Vieh eingeführt werde, daß dieses Vieh an der deutschen Grenze von einem deutschen Thierarzt noch einmal auf seinen Schlachtfleischzustand untersucht, dann in plombierten Wagen nach den städtischen Schlachthöfen gebracht und dort geschlachtet werde. Vieh, das unter diesen Vorkehrungen eingebracht wird, kann niemals eine Ursache der Viehmacht sein. Das ist nicht bloß eine Behauptung, sondern kann durch Thatsachen unüberwiegend bewiesen werden. Denn es ist niemals in der Geschichte der Viehmacht in den obersteichlichen Industriebezirk eingeführt Schweine oder durch das aus Oesterreich eingeführte Rindvieh, für welche die erwähnten Vorkehrungen bereits gelten, eine Seuche bei uns hervorgerufen worden. Eine Seuchengefahr besteht also nicht im Geringsten, wenn unter diesen Schutzmaßnahmen die Einfuhr von Schlachtfleisch gestattet wird. Die gegenwärtige Behauptung ist ein hohes Geknirsch, mit dem die Agrarier die Bevölkerung grolllich machen wollen, um sich die Konkurrenz des ausländischen Viehs vom Hals zu halten. Als letztes Argument gegen die Viehmacht werden schließlich die Agrarier geltend: Die Schlachtfleischpreise seien in den anderen Ländern so hoch, daß auch nach Öffnung der Grenzen eine Einfuhr von dort nicht stattfinden könnte. Wenn sie das glauben, dann ist ja auch ihre Forderung der Konfurrenz des Auslandes nicht begründet, denn können sie ja zu jeder ihrer Widerprüge gegen die Öffnung der Grenzen fallen lassen. Wir lassen unsere Ausführungen gegenüber dem Flugblatt des Bundes der Landwirthe dahin zusammenfassen: In Deutschland besteht ein Mangel an Schlachtfleisch, namentlich an reinem Schlachtfleisch und insbesondere an Schweinen. Die Unterstellung, daß das deutsche Fleischereierzeuger den Viehmangel fingiert, um die Fleischpreise zu erhöhen, ist eine schmachvolle Verleumdung; die Viehmacht ist jedoch ein Viehmangel, der eine solche Steigerung der Fleischpreise, daß es weiten Schichten des Volkes unmöglich ist, sich den Fleischgenuss in dem nöthigen Maße zu verschaffen. Darunter leidet die Wohlthatigkeit und die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit des deutschen Volkes; daraus droht im Verleiden eine ernste Gefahr für den wirtschaftlichen Bestand des alten, schmer und redlich arbeitenden Fleischereierzeugers. Diese Verhältnisse verlangen gebieterisch, daß die Forderung von Schlachtfleisch aus unsern niedrigen Nachbarmärkten in größerem Umfang als bisher ermöglicht wird, und zwar soll diese Forderung der Sicherungsmassregeln gedenken, die jede Verdrängung des heimischen Viehwirtschafts mit Seuchengefahr mitschleift.

Zum Schluß merkt sich das Flugblatt gegen die Forderung des Bundes der Landwirthe, Genossenschaften in den Städten einzurichten, falls der